

Eidgenössisches Finanzdepartement EFD
Frau Bundesrätin Karin Keller Sutter
Bundesgasse 3
3003 Bern

Per Email: ep27@efv.admin.ch

Basel, 5. Mai 2025

Vernehmlassung Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027

Sehr geehrte Damen und Herren
Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller Sutter

Wir beziehen uns auf die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über das Entlastungspaket 2027 und danken für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Der Dachverband metal.suisse fördert die Stahl-, Metall- und Fassadenbauweise in der Schweiz und setzt sich für den Materialkreislauf der metallischen Werkstoffe ein. Wir sind überzeugt, dass wir mit unserer Bauweise und unseren Materialien einen zentralen Beitrag zur Erreichung der Klimaziele der Schweiz leisten können. Recyclingmaterialien sind in unserer Bauweise heute Standard. Unsere Bauweise ist einzigartig und besonders geeignet, die Konzepte der Weiter- und Wiederverwendung von Gebäuden und Bauteilen umzusetzen und zu fördern.

metal.suisse bekennt sich zur Schuldenbremse und unterstützt im Grundsatz das vorgeschlagene Entlastungspaket, da ein sorgsamer Umgang und ein Gleichgewicht der Bundesfinanzen von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige Zukunft sind. Gleichzeitig bietet ein solches Entlastungspaket eine Chance, administrative Aufgaben und verzerrende Subventionen zu hinterfragen und zugunsten von Chancengleichheit zwischen Branchen zu reduzieren. Hier wurde in unseren Augen die Chance zu wenig ergriffen. Ausserdem lehnen wir insbesondere die Streichung der Beiträge an das Gebäudeprogramm ab, da dies im fundamentalen Widerspruch zum Volkswillen bei der Abstimmung des Klimaschutzgesetzes steht. Zudem empfehlen wir, von Einsparungen im Bildungs- und Infrastrukturbereich abzusehen, da es sich hierbei um Investitionen in die Zukunft handelt, welche unabdingbar für die Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz sind.

Die Schuldenbremse fördert die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz

metal.suisse steht hinter der Schuldenbremse und unterstützt daher die Stossrichtung des Bundesrats, ein anwachsendes Defizit zu verhindern. Ebenso teilen wir die Auffassung, dass primär Massnahmen bei den Bundesausgaben getroffen werden müssen. Die Generierung

zusätzlicher Einnahmen birgt die Gefahr, dass die Ausgabenspirale nur verstärkt wird und dadurch das strukturelle Defizit nicht bekämpft wird. Wir schlagen daher vor, dass der Bund eine Obergrenze der gebundenen Ausgaben am Budget einführt und dass die Kantone wieder mehr Kompetenzen in der Finanzierung erhalten. Damit wird in Zukunft der Handelsspielraum sichergestellt und der Föderalismus gestärkt. Steuererhöhungen, insbesondere für KMUs, müssen verhindert werden.

Wettbewerbsverzerrende Subventionen gehören angepasst

metal.suisse begrüsst eine Anpassung des Waldgesetzes, da Subventionen im Holzbereich den Wettbewerb zwischen verschiedenen Baustoffarten verzerren. Aus unserer Perspektive wurde jedoch eine Chance verpasst, dieses Ungleichgewicht aufzulösen. Die einseitige Subventionierung von Holz ist nicht mehr zeitgemäss, da andere Baustoffarten in punkto Nachhaltigkeit massiv aufgeholt haben. Die Schweizer Stahlindustrie produziert ausschliesslich durch Recycling und in der Baubranche wird vermehrt auf Reuse gesetzt. Wir vertreten den Standpunkt, dass jedes Baumaterial dort eingesetzt und gefördert werden soll, wo es am besten seine Stärken ausspielen kann. Spätestens seit Einführung des Klimaschutzgesetzes (KIG) ist die nötige Grundlage dafür geschaffen und die einseitige Bevorzugung eines Materials nicht mehr gerechtfertigt.

Hinterfragen von administrativen Belastungen

Auch der Verzicht des Bundes, das Auslandsangebot der SRG mitzutragen wird von metal.suisse unterstützt. Jedoch hätte hier die bereits mehrfach angeregte Aufgabenüberprüfung weitreichender sein dürfen. So hätte im gleichen Zuge auch die verzerrende Umsatzbemessung für Unternehmen, welche insbesondere kleinere KMU-Handelsbetriebe durch die Radio- und Fernsehgebühr treffen, korrigiert werden können. Wir schlagen zudem vor, dass auch der Bund einen Beitrag an das Entlastungspaket leistet. Wir unterstützen daher die Forderung des sgV, den Handelsspielraum im Personalbestand des Bundes zu nutzen. Dies könnte Einsparungen von bis zu 500 Millionen Franken ermöglichen.

Das Gebäudeprogramm ist essenziell für die Erreichung der Schweizer Klimaziele

Der Schweizer Gebäudepark ist für etwa 45% des Energiebedarfs und für rund einen Viertel der Schweizerischen CO₂-Emissionen verantwortlich. Der Gebäudebereich bietet ein grosses Potenzial für eine nachhaltige und effektive Senkung der inländischen CO₂-Emissionen, ohne dass individuelle Freiheiten oder Standards beschränkt werden müssen. Nachhaltige Alternativen sind schon breit verfügbar und sollten daher auch genutzt werden. metal.suisse befürchtet, dass durch die geplanten Einsparungen Anreize verloren und Potenziale verschenkt werden.

Volksentscheide sollten nicht übergangen werden

Die Schweizer Stimmbevölkerung sprach sich 2023 klar für das Klima- und Innovationsgesetz (KIG) aus. Dieses sieht vor, dass die Emissionen im Gebäudesektor bis 2040 um 82% und bis 2050 um 100% gesenkt werden. Mit Wegfall des Gebäudeprogramm wird es enorm schwierig, diese Werte zu erreichen, da dieses nicht allein durch die Kantone und CO₂-Abgaben kompensiert werden kann. Anstelle der Streichung sollten alternative Finanzierungsmöglichkeiten geprüft werden, welche den Bundeshaushalt weniger belasten wie z.B eine Weiterentwicklung der Lenkungsabgabe. Die Umsetzung des Volksentscheids sollte aber auf jeden Fall oberste Priorität haben.

Projekte im Klimaschutz dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden

metal.suisse hält es für nicht zielführend, dass das Impuls- und Innovationsprogramm durch den Verzicht auf das Gebäudeprogramm finanziert werden soll. Klimaschutzprojekte sollten ergänzend eingesetzt werden und nicht gegeneinander ausgespielt werden. Der Effekt durch das Gebäudeprogramm wird zudem langfristig zu Einsparungen führen, da der Energiebedarf gedämpft wird und Abhängigkeiten reduziert werden.

Kürzungen im Bildungsbereich befeuern Fachkräftemangel

metal.suisse empfiehlt Zurückhaltung bei Einsparungen im Bildungsbereich. Bildungsausgaben sind Innovationen in die Zukunft und unterstützen die Ausbildung qualifizierter inländischer

Fachkräfte. Sie stellen zudem sicher, dass wir wettbewerbsfähig und innovativ bleiben. Die geplanten Kürzungen bei Universitäten und bei Innosuisse gehen dabei in die falsche Richtung und senden ein problematisches Zeichen des Bundes im Kampf gegen den Fachkräftemangel. Die Schweizer Wirtschaft ist auf Fachkräfte angewiesen und bei einem Mangel würde die Migrationsdebatte weiter aufgeheizt werden. Eine grössere Nutzerfinanzierung im Bildungsbereich ist für uns nur vertretbar, wenn Kompensationsmechanismen geschaffen werden, welche verhindern, dass Ausbildungen aufgrund finanzieller Aspekte nicht angetreten werden können.

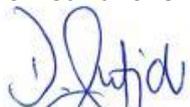
Die Schweiz ist auf eine intakte und zuverlässige Infrastruktur angewiesen

Bei der Schweizer Infrastruktur ist vielerorts die Kapazitätsgrenze erreicht. Sollte sich diese Tendenz fortsetzen, kann dies langfristig negative Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz haben. Gerade die geplanten Kürzungen bei den Bundesbeiträgen für Hauptstrassen lehnt metal.suisse daher ab. Das gleiche gilt für die Kürzungen der Einlagen im Bahninfrastrukturfonds (BIF). Angesichts der gescheiterten Abstimmung zum Nationalstrassenausbau braucht es nun geeignete Kompensationsmassnahmen und keine weiteren Kürzungen.

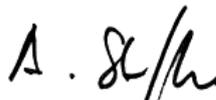
Zusammenfassend sind wir überzeugt, dass die von uns kritisierten Massnahmen nicht in einem geeigneten Kosten-Nutzen Verhältnis stehen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass die angestrebten Einsparungen in diesen Bereichen nicht erreicht werden können, sondern dass alternative Finanzierungsmöglichkeiten oder gewisse Umlagerungen möglich sind. Abgesehen von diesen Punkten kann metal.suisse das Entlastungspaket 27 jedoch unterstützen und zeigt sich mit dem sorgsamem und vorausblickendem Umgang der Bundesfinanzen zufrieden.

Wir danken Ihnen für Kenntnisnahme unserer Stellungnahme.

Mit freundlichen Grüssen



Diana Gutjahr
Präsidentin
Nationalrätin SVP



Andreas Steffes
Geschäftsführer